



## Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500  
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh-gruene-fraktion.de

**Nr. 171.21 / 20.05.2021**

## Wildtiere schützen, nicht halten

Zur heutigen Landtagsdebatte zu TOP 16 – „Wildtierimporte regulieren – Wilderei, Wildfänge und Artensterben wirksam bekämpfen“ sagt der tierschutzpolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Joschka Knuth**:

Kein Mensch muss privat ein Wildtier halten – erst recht kein exotisches! Dennoch sind exotische Tiere zunehmend beliebt, gerade Reptilien oder Amphibien sind nachgefragte Arten. Die Handelsabkommen und Schutzbestimmungen, wie das Washingtoner Artenschutzabkommen, die wir jetzt bereits haben, reichen nicht aus.

Der Handel, die Einfuhr und der Besitz von exotischen Wildtieren bergen große Risiken. Eine Gesundheitsgefahr kann entstehen, wenn Krankheitserreger von Wildtieren auf Menschen überspringen, das ist aktuell hinlänglich bekannt. Ein Risiko für den Artenschutz ist einerseits das Herausnehmen dieser Arten aus ihren heimischen Habitaten, als auch das Importieren invasiver Arten, die eine Bedrohung für unsere heimische Flora und Fauna darstellen. Das Risiko, dass das natürliche Gleichgewicht der heimischen Natur gestört wird, ist immens. Dass freilebende Tiere domestiziert werden, ist auch gleichzeitig eine Gefahr für den Tierschutz selbst.

Deshalb brauchen wir eine klare Regulierung für Handel und Besitz von Wildtieren und dafür haben wir Vorschläge erarbeitet. Wir schlagen ein Verkaufsverbot von Wildfängen, eine Regulierung von Tierbörsen und des Internethandels sowie einen Sachkundenachweise für Halter\*innen gefährdeter und gefährlicher Tiere vor. Außerdem brauchen wir einen besseren Austausch innerhalb der EU und der Zollbehörden sowie eine bessere Forschung zu Zoonosen mit Hinblick auf die Übertragung von Krankheitserregern auf Menschen. Wir setzen uns für ein Haltungsverbot für gefährliche Arten ergänzend zum Einfuhrverbot ein.

Wir wollen, dass sich die Landesregierung mit einer Bundesratsinitiative für diese Maßnahmen stark macht. Wir glauben, dass das ein notwendiger Schritt ist. Langfristig brauchen wir eine Verankerung des Vorsorgeansatzes im Artenschutz in der EU – jetzt ist unsere Initiative für eine nationale Regelung ein sinnvoller und notwendiger Impuls.

\*\*\*